

INFOPERU Nr. 56
Der Newsletter der Informationsstelle Peru e.V.
18.05.2018

Inhaltsverzeichnis:

1. [Editorial \(H. Willer\)](#)
2. Peru hat eine neue Regierung
3. Die Mär vom rentablen Bergbau
4. “Wir wissen recht wenig über Peru“
5. Köln-Yarinacocha: wie eine Klimapartnerschaft entsteht
6. Der Raubzug geht weiter
7. Perus neue Umweltministerin

8. Paranüsse schützen den Regenwald und unterstützen indigene Familien
9. Die Infostelle hat einen neuen Vorstand

1. Editorial InfoPeru No 56

Liebe Leserin, lieber Leser,

Dass wichtige Persönlichkeiten nach Lima reisen, merkt die Bevölkerung meist daran, dass sie in Ferien geschickt wird. So wie auch am 13. April 2018. 34 Staatschefs (und eher weniger -chefinnen) trafen sich in Lima zum Amerika-Gipfel. Nachdem Donald Trump seine Teilnahme abgesagt hatte und der Venezolaner Nicolás Maduro seine Drohung, trotz erfolgter Ausladung notfalls piratenmässig in Callao zu landen, nicht wahr machte, war es ein wenig aufsehenerregender Gipfel. Das meiste Aufsehen erregte bei den jungen Peruanern der Polit-Popstar Justin Trudeau aus

2018

Kanada.

Ebenso wenig spektakulär waren die Ergebnisse: eine Anti-Korruptions-Erklärung, die schon alleine deswegen in die Geschichte der Verlogenheiten eingehen dürfte, weil sehr viele der beteiligten Präsidenten bzw. ihre direkten Vorgänger dick in den Odebrecht-Korruptions-Skandal verwickelt sind. Der peruanische Gastgeber hiess nicht Pedro Pablo Kuczynski, sondern Martín Vizcarra. Warum Peru – ganz ausserplanmässig – einen neuen Präsidenten hat und wer Martín Vizcarra ist, können Sie in diesem InfoPeru nachlesen.

Ausserdem finden Sie eine interessante Studie darüber, wie rentabel der Bergbau in Peru wirklich ist, einen ausführlichen Bericht zu einem neuen Bergbauprojekt in Cajamarca und ein Interview mit der Direktorin des Iberoamerikanischen Instituts in Berlin.

Herzlich begrüssen möchten wir auch den alten-neuen Vorstand der Infostelle Peru, besonders die neuen Mitglieder César Bazán und Leon Meyer zu Ermgassen.

Peru wird ab Mitte Juni ganz im Zeichen des Fussballs stehen. Nach 36 Jahren nimmt erstmals wieder eine peruanische Nationalmannschaft an einer WM teil. Leider ohne ihren Kapitaen, Paolo Guerrero, der wegen Dopings nun endgültig gesperrt wurde. Wir druecken der peruanischen "Selección" trotzdem und gerade erst recht alle Daumen!

Hildegard Willer

2. Peru hat eine neue Regierung

Am 21. März fand die Regierungskrise, die Peru monatelang in Atem gehalten hatte, vorerst ein Ende: Pedro Pablo Kuczynski dankte nach 20 Monaten im Amt als Präsident von Peru ab. Sein Nachfolger: der bisherige Vizepräsident Martín Vizcarra.

Dies war das vorläufige Finale eines Politkrimis, der mit den Enthüllungen des brasilianischen Lava Jato-Skandals begann und der alle demokratisch gewählten Präsidenten Perus der letzten 18 Jahre mit sich hinwegfegt: zuerst Alejandro Toledo, Präsident 2001 bis 2006, der mit internationalem Haftbefehl gesucht wird wegen Annahme von Schmiergeldern. Der auf ihn folgende Alan García, ein alter Fuchs im Politgeschäft, ist der einzige Ex-Präsident, gegen den noch kein Ermittlungsverfahren eingeleitet wurde. Mit Betonung auf „noch“. Dafür sitzt nicht nur Nachfolger Ollanta Humala, sondern sogar dessen Ehefrau Nadine Humala seit fast einem Jahr in Untersuchungshaft. Dabei sind sie „nur“ der Annahme von Schwarzgeld für ihre Wahlkampagne angeklagt – eine Klage, die auch die ehemalige linke Bürgermeisterin von Lima, Susana Villarán, betrifft. Und nun hat Pedro Pablo Kuczynski (kurz PPK), der liberale Banker und Technokrat, das Handtuch geworfen, bevor ihn der Kongress wegen seiner Geschäfte mit Odebrecht absetzte.

Die Ironie der Geschichte: drei Monate vorher war PPK der Absetzung im Kongress entgangen, weil er mit dem abtrünnigen Fujimori-Sohn Kenji die Begnadigung seines Vaters, Ex-Präsident Alberto Fujimori, im Hinterzimmer ausgehandelt hatte. Im Tausch gegen dessen Stimmhaltung im Absetzungsverfahren.

2018

Die Präsidentschaft übernommen hat nun der bisherige Vizepräsident Martín Vizcarra, ein bekannter Regionalpolitiker aus der südlichen Provinz Moquegua. Als dortiger Regionalpräsident hat er durch zwei Dinge von sich reden gemacht: mit einer hohen Investition in den Bildungsbereich hat er die Schüler Moqueguas mit zu den leistungsstärksten Perus gemacht. Und in der Auseinandersetzung mit der Bergbauinvestition Quellaveco (Anglo-American) hatte er ein geschicktes Händchen, schlug einiges für die Region heraus und konnte einen offenen Konflikt vermeiden.

PPK holte ihn bewusst als „Provinzler“ in seine Regierungsmannschaft, nach erfolgter Wahl spielte Vizcarra als peruanischer Botschafter in Kanada aber nur eine marginale Rolle im Kabinett Kuczynskis.

In Herkunft und Habitus ist Vizcarra eher das Gegenstück zu PPK: ein Ingenieur aus der Provinz, seine Frau eine Schulrektorin, bodenständig und bisher nah am Volk. Ins Kabinett hat Vizcarra Vertreter aller Parteien berufen, Premierminister ist ein weiterer bekannter Provinzpolitiker, Cesar Villanueva, ein früherer Präsident der nördlichen Amazonasregion San Martín. Die Riege der Minister bildet den bisherigen politischen Kurs ab: liberale und neoliberale Minister in den Wirtschaftssektoren, eher linke Politiker in Sozial- und Kulturministerium.

Wie alle neuen Präsidenten genießt auch Vizcarra erst mal eine Zeit des „Honeymoons“, die bisher positive öffentliche Meinung kann allerdings rasch umschlagen. Spätestens dann, wenn die grösste Partei im Kongress, die von Keiko Fujimori geführte Fuerza Popular, ihre Angriffe gegen die Regierung wieder aufnimmt.

Interessanter ist es, eine vorzeitige Bilanz zu ziehen, was nach all diesen Ränken, fortlaufenden Korruptionsesthüllungen und gegenseitigen Beschuldigungen geblieben ist:

1. Im Parlament gab es Spaltungen in zwei Parteien: zum einen die vorhersehbare Spaltung der linken Frente Amplio in eine Fraktion unter Marco Arana (Frente Amplio), und eine unter Veronica Mendoza (Nuevo Perú). Überraschend für viele kam dagegen der offene Zwist zwischen Keiko und ihrem jüngeren Bruder Kenji, ebenfalls Abgeordneter. Kenji Fujimori und weitere neun Abgeordnete traten aus Fuerza Popular aus und bilden nun eine eigene Fraktion. Damit hat Fuerza Popular, angeführt von Schwester Keiko, keine absolute Mehrheit mehr im Parlament. Wie der Geschwisterkrieg ausgeht und welche Seite der nun freie Vater Alberto Fujimori dabei einnimmt, wird die Öffentlichkeit in Peru weiter in Atem halten.

2. Das ganze Elend der politischen Klasse liegt mit den Odebrecht-Schmiergeld-Enthüllungen offen zu Tage. Vom demokratischen und moralischen Aufbruch vor nunmehr 18 Jahren, als die Vladi-Videos (sie zeigen die Bestechungen durch Vladimiro Montesinos) die Korruption der Regierung Fujimori offenlegten und ein grosses Saubermachen einläuteten, bleibt nur ein grosses Fragezeichen übrig: die Korruption ist, zumindest in Peru, unter demokratischen Regimen ebenso hoch wie unter dem Autokraten Fujimori. Wie konnte dies geschehen und was kann man dagegen tun? Dieses Phänomen ist in ganz Lateinamerika zu beobachten, und eine Konsequenz ist der politische Aufstieg fundamentalistischer christlicher Prediger in der

2018

politischen Arena. Noch gibt es in Peru keinen moralisierenden rechts-evangelischen Kandidaten. Aber das Terrain dazu wäre vorbereitet.

Hildegard Willer

(Der Artikel erschien auch in der ila Nr. 415)

3. Die Mär vom hochrentablen Bergbau

Bergbau in Peru ist zwar konfliktiv, sei aber eben auch hoch rentabel – zumindest für die operierenden Unternehmen. Letzteres ist zumindest das Argument aller bisherigen peruanischen Regierungen, warum sie auf den Ausbau des Bergbausektors setzen. Was aber, wenn der Bergbau gar nicht so rentabel ist, wenn man die tatsächlichen Umweltkosten in Rechnung setzt? Und wenn die Alternativen zur wirtschaftlichen Entwicklung rentabler sind als sie scheinen ?

Dieser Hypothese ist eine Gruppe Studierender des Seminars für Ländliche Entwicklung der Humboldt-Universität Berlin nachgegangen. Im Auftrag des Hilfswerks MISEREOR und in Zusammenarbeit mit dem peruanischen Netzwerk Red Muqui haben sie die Studie „Entwicklungsalternativen in Bergbauregionen Perus“ veröffentlicht.

Susanne Friess von Misereor und Mattes Tempelmann von Red Muqui erzählen, ob sich die Ausgangshypothesen der Studie beweisen ließen und wie sie mit den Ergebnissen weiterarbeiten wollen.

InfoPeru: Wie kam es zur Studie und warum habt Ihr die Regionen Junín und Cajamarca dafür ausgewählt?

Susanne Friess: Misereor beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Thema Bergbau und die Fragen nach Alternativen werden immer drängender. Während wir in Deutschland immer mehr Rohstoffe verbrauchen und die Politik dafür sorgt, dass diese günstig und ungehindert nach Deutschland kommen, werden die Gemeinden im Umfeld der Minen in Lateinamerika durch Bergbauprojekte massiv geschädigt. Wir wollten der Frage nachgehen, ob der Diskurs des ach so rentablen Bergbaus wissenschaftlich wirklich haltbar ist und haben deshalb das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) mit der Studie beauftragt.

Mattes Tempelmann: Die zwei untersuchten Regionen wurden vom Vorstand des Red Muqui ausgesucht: zum einen das Mantaro-Tal in Junín, welches eine alte Bergbauregion ist und die Altlasten aus 100 Jahren Bergbau in Cerro de Pasco, La Oroya oder heute Morococha trägt – und das zugleich als Kornkammer Perus gilt. Das Mantaro-Tal versorgt die 10-Millionenstadt Lima mit Gemüse und Getreide.

Zum anderen haben wir das Gebiet der geplanten Mine Conga in Cajamarca untersucht – eben als Gegenbeispiel für eine Zone, die bisher noch nicht von Bergbau betroffen ist.

InfoPeru: Das erste Vorhaben war, die Umweltauswirkungen im Mantaro-Tal zu dokumentieren und zu quantifizieren. Was habt Ihr dabei herausgefunden?

2018

Mattes Tempelmann: Das Mantaro-Tal ist die Korn- und Gemüsekammer von Lima; in den Medien war schon mehrfach die Rede von Gemüse-Containern aus dem Mantaro-Tal, welche wegen hoher Schwermetallbelastung aus dem Ausland zurückgeschickt worden sind. Auch zivilgesellschaftliche Gruppen haben immer wieder Messungen gemacht und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass im Mantaro-Tal an vielen Stellen eine hochgradige Verschmutzung mit Schwermetallen vorliegt. Deswegen dachten wir, dass es einfach sein müsste, die Umweltverschmutzung zu dokumentieren. Das war es jedoch nicht. Erstaunlicherweise gibt es nur sehr wenige staatliche Daten zum Grad der Belastung der Gewässer und Böden im Mantaro-Tal. Sei es, dass der Staat die Daten nicht erhebt oder dass er sie nicht herausrücken will. Auf jeden Fall ist die wissenschaftliche Datenlage nicht ausreichend, um den Grad der Belastung zu berechnen und noch weniger, dessen Verursachung durch den Bergbau. Die Empfehlung der Studie geht deshalb dahin, dass der peruanische Staat vermehrt und transparenter Messungen und Auswertungen vornehmen muss, um einerseits die Ursache der Verschmutzung zu identifizieren und auch mehr Informationen über den tatsächlichen Grad der Verschmutzung zu erheben.

InfoPeru: Und was habt Ihr für Conga berechnet? Für dieses geplante Bergbaugelände liegt ja eine umfangreiche Umweltstudie vor, die das Bergbauunternehmen als Teil des Antragsverfahrens beim peruanischen Staat vorlegen musste. Seid Ihr zum gleichen Schluss gekommen?

Mattes Tempelmann: Nein. Denn die Studie des Unternehmens hat nur das direkte Einzugsgebiet der geplanten Tagebauminen angeschaut, das SLE aber alle betroffenen Gemeinden, auch außerhalb des engeren Einzugs. Denn der von der Mine vorgesehene 660 Meter tiefe Tagebau wird das Grundwasser weit über das direkte Einzugsgebiet absenken. Mit der vorgesehenen Mine wird einerseits der Stadt Cajamarca aber auch der Landbevölkerung in den Provinzen Celendín und Hualgayoc weniger Wasser zur Verfügung stehen, weil das Ökosystem der „Jalca“, der Feuchtwiesen auf 4000 Meter Höhe, durch das Projekt Conga zerstört wird. Die „Jalca“ ist aber der natürliche Wasserspeicher der ganzen Region, der sich in Jahrhunderten aufgebaut hat. Wenn er einmal zerstört ist, dann kann das nicht mehr rückgängig gemacht werden.

InfoPeru: Wie sieht es auf der anderen Seite bei den Alternativen zum Bergbau aus ?

Mattes Tempelmann: Die Studie hat nur den landwirtschaftlichen Sektor als Alternative angeschaut. So leben zum Beispiel 130.000 Menschen von diesem Wirtschaftssektor allein im Einzugsgebiet des Projektes Conga. Die Studie hat in den Regionen Junín und Cajamarca jeweils das landwirtschaftliche Potential analysiert und kam zum Schluss, dass die Landwirtschaft noch wesentlich lukrativer sein könnte, wenn man einerseits bestimmte Produkte ausbaut, zum Beispiel Quinoa oder Kiwicha, und andererseits der Staat die kleinbäuerliche Landwirtschaft aktiv fördert.

InfoPeru: Aber wir sehen doch eine massive Abwanderung vom Land in die Stadt, auf den Dörfern der Anden findet man oft nur alte Menschen vor. Die Flächen sind klein, und die Jungen wollen auch Geld verdienen, nicht nur von der Subsistenzlandwirtschaft leben.

Susanne Friess: Leider ist das Image der Landwirtschaft in Peru sehr schlecht. Es braucht eine Imagekampagne und massive politische Unterstützung, um den Kleinbauernsektor zu stärken.

Mattes Tempelmann: Im Red Muqui bin ich verantwortlich für die Entwicklung von lokalen und regionalen „Zukunfts- und Aktionsplänen“ in Workshops mit ländlichen Gemeinden, die vom

2018

Rohstoffabbau betroffen sind. Die Menschen in diesen Workshops berichten häufig, dass sie gerne in der Landwirtschaft weiter arbeiten würden und nicht abwandern möchten, sondern weiterhin mit ihrer Familie auf dem Land leben möchten. Sie fordern dafür, dass sich die Lebensqualität auf dem Land verbessert und dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft vom Staat unterstützt wird. Am dringendsten fordern sie dafür zum Beispiel landwirtschaftlich technische Beratung, Vergabe von Mikrokrediten, verbessertes Saatgut, bessere Marktanbindung, Ausbau der Infrastruktur, Bewässerungstechniken, aber auch Verbesserung der Gesundheits- und Bildungseinrichtungen und Jobs außerhalb der Landwirtschaft.

InfoPeru: Welche Reaktionen habt Ihr bei den deutschen Ministerien erhalten, bei denen Ihr die Studie vorgestellt habt?

Susanne Friess: Verschiedene deutsche Ministerien – wie BMZ, BMUB und BMWI, auch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe – haben großes Interesse gezeigt an der Studie. Die Erkenntnis, dass einerseits die Präsenz von Schwermetallen zum Teil sehr hoch ist, zum anderen aber auch viele Daten fehlen zum Grad und zu den Ursachen der Umweltverschmutzung, zeigt in alarmierender Weise, wie mangelhaft die Umweltaufsicht von Seiten des peruanischen Staates ist.

Wir wollen mit der Studie auch die Systemfrage stellen und deutlich machen, dass es nicht sein kann, dass Industrie und Konsumenten in Deutschland weiterhin so viele Rohstoffe verbrauchen und die ökologischen und sozialen Kosten dieses unglaublich ressourcenintensiven Lebensstils den Menschen im Umfeld der großen Minen in anderen Ländern aufbürden. Dass wir nicht so weitermachen können. Wenn wir die deutschen Regierungsvertreter auf die planetarischen Grenzen und auf das Stichwort „Ressourcengerechtigkeit“ ansprechen, sehen wir vor allem betretene Gesichter. Denn natürlich wissen alle, dass wir viel zu viele Ressourcen verbrauchen und dass andere Menschen für unseren Konsum den Preis bezahlen. Aber niemand hat eine Antwort auf die Frage, wie wir hier umsteuern und die Rohstoffwende einläuten können.

Ich war auch positiv überrascht über das große Interesse des Publikums an der Studie, es scheint, die Frage nach den Alternativen hat bei vielen Leuten einen Nerv getroffen.

InfoPeru: wie wollt ihr weiter mit der Studie arbeiten?

Mattes Tempelmann: Wir werden die Studie nun in Peru vorstellen, im Kongress und an einer Universität in Lima debattieren. Danach in Cajamarca, Huancayo, Cusco und Arequipa, zusammen mit den Regionalregierungen. Die Studie ist nur ein erster Schritt, es werden weitere Studien folgen, um die Datenlage zu verbessern und aufzuzeigen, dass es attraktive und funktionierende gute Alternativen zum Bergbau gibt.

Die Studie des Seminars für ländliche Entwicklung „Alternativas de desarrollo en regiones mineras del Perú“ in spanischer Sprache kann unter diesem Link geladen werden <https://edoc.hu-berlin.de/handle/18452/19483>

In deutscher Sprache hier:

<https://edoc.hu-berlin.de/bitstream/handle/18452/19346/SLE-272-1-Entwicklungsalternativen%20in%20Bergbauregionen%20Perus.pdf?sequence=2&isAllowed=y>

Die Peru-Gruppe der Infostelle Peru wird einen Gesprächsabend zum Thema der Studie in Lima veranstalten, bei dem Mattes Tempelmann über die Aussagen der Studie und ihre aktuellen

2018

Präsentationen und Resonanzen in Peru berichten wird, und zwar am Dienstag, dem 19. Juni, 18.30 Uhr. Ort wird noch bekanntgegeben.

Interessenten mögen sich bei Hildegard Willer melden, hilwiller@yahoo.es

4. „Wir wissen recht wenig über Peru“

Prof. Dr. Barbara Göbel ist studierte Ethnologin, Direktorin des Ibero-Amerikanischen Institutes der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin und Honorarprofessorin an der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsgebiete sind sozio-ökologische Ungleichheiten, Ressourcenkonflikte, Geopolitik des Wissens, Archive und digitale Transformation. Im April war Barbara Göbel im Rahmen eines DFG Forschungsprojektes zum Ressourcenboom und sozialen Ungleichheiten in Lima und hat sich mit Hildegard Willer getroffen.

InfoPeru: Welches Interesse haben Forscher aus Deutschland an und in Peru?

Barbara Göbel: Insgesamt hat Deutschland historisch betrachtet enge Beziehungen zu der Andenregion und damit auch Peru. Zum Beispiel haben deutsche Wissenschaftler in der archäologischen, ethnologischen, historischen und geographischen Erforschung der Anden eine wichtige Rolle gespielt und wir haben viele Sammlungen zu Peru in Museen, Archiven und Bibliotheken in Deutschland, insbesondere im Ibero-Amerikanischen Institut. Schaut man sich jedoch die aktuelle Forschungskoooperation an, dann hat diese zwar in den letzten Jahren an Dynamik zugenommen, jedoch sind im deutschen Wissenschaftssystem nur wenige Experten und Expertinnen zur Andenregion, insbesondere Peru. Global betrachtet ist die Andenregion ein fragmentierter Wissensraum, da auch zwischen den Andenländern aus vielen Gründen keine intensive Kooperation herrscht. Dies ist insofern problematisch, auch für uns in Deutschland, als die Andenregion, wie man auch in Peru gut sehen kann, ein „Hot-Spot“ des globalen Umweltwandels ist: Klimawandel, Biodiversitätsverlust, Wasserknappheit, Bodenerosion, all dies zeigt sich in der Andenregion mit allen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen sehr deutlich. Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass aus der Andenregion, vor allem auch Peru, wir interessante und wichtige Forschungen zu den vielfältigen Auswirkungen extraktiver Industrien (Bergbau, Erdöl- und Gasförderung) haben, die noch viel stärker als bislang geschehen in Deutschland Berücksichtigung finden sollten. Hier spielt vor allem die PUCP (Pontificia Universidad Católica del Perú) als eine der zentralen Universitäten der Andenregion eine wichtige Rolle. Dies hängt auch damit zusammen, dass Peru die Ausbeutung und den Export von Rohstoffen in den letzten Jahren immens gesteigert hat, mit all den Konfliktpotentialen, die damit einhergehen. Wir haben ja einen Rohstoffboom in den letzten beiden Jahrzehnten gehabt, der durch hohe Weltmarktpreise gekennzeichnet war.

InfoPeru: Auch der große Rohstoffboom in Lateinamerika ist bereits vorbei....

Barbara Göbel: Ja, ab 2014 sind die Weltmarktpreise gefallen. Dies ist vor allem für klassische Rohstoffe wie Gas oder Kupfer der Fall, aber nicht für die neuen strategischen Ressourcen wie Lithium oder Koltan. Auch muss man feststellen: nach dem Boom ist vor dem Boom.

2018

Auch heißt der Post-Boom nicht, dass extraktive Industrien zurückgefahren werden. So können wir in Peru durchaus eine räumliche Ausweitung und Intensivierung der extraktiven Industrien beobachten, um auch dem Preisverfall entgegenzusteuern. Ebenfalls ist zu berücksichtigen, dass Konzessionierungen ja Langzeit-Investitionen sind, die die Nutzung des Territoriums auf mehrere Jahrzehnte hin beeinflussen und binden. Schaut man sich eine Landkarte Perus an, dann wird man sehen, dass Bergbaukonzessionen, Wasserreservoirs und Schutzgebiete sich überlappen. Hier sind Ressourcenkonflikte und Auseinandersetzungen um unterschiedliche Logiken der Inwertsetzung der Natur vorprogrammiert.

InfoPeru: Der Rohstoffboom ist heute schon hoch konfliktiv und führt zu großen Spannungen...

Barbara Göbel: Ja, wir können in der gesamten Andenregion, vor allem auch in Peru beobachten, dass die Konflikte um extraktive Projekte deutlich zugenommen haben. Konflikte zwischen lokaler Bevölkerung, transnationalen Bergbauunternehmen und dem Staat auf seinen unterschiedlichen Ebenen haben eine komplexe Dynamik. Sie entzündeten sich häufig an Auseinandersetzungen um Partizipation und Teilhabe. Hierbei stehen kurzfristige Kompensationen im Vordergrund. Bei den Aushandlungsprozessen wird kaum berücksichtigt, was nach der Rohstoffextraktion, also der Schließung der Mine, passiert, wie zum Beispiel mit Altlasten umgegangen wird. Neben den Machtunterschieden ist vor allem die geringe Information über die sozialen, ökonomischen und ökologischen Folgen eine große Schwierigkeit für die Lokalbevölkerung. Wie sollen sie dann nachhaltige und angemessene Kompensationszahlungen definieren können?

InfoPeru: Von 2009-2014 waren Sie mit dem Ibero-Amerikanischen Institut an einem vom BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) finanzierten Verbundprojekt mit der Freien Universität Berlin beteiligt, dem Netzwerk desigualdades.net zu interdependenten Ungleichheiten in Lateinamerika. Im Rahmen dieses Netzwerkes haben Sie auch mit der PUCP kooperiert. Was waren wichtige Ergebnisse?

Barbara Göbel: Wir haben im Netzwerk die Mehrdimensionalität sozialer Ungleichheit und ihre transregionalen Interdependenzen betont. Ein weiterer wichtiger Beitrag ist die Einbeziehung der Umweltdimension in die Analyse sozialer Ungleichheiten. Zum einen hat der Ressourcenboom in Peru zu einer Erhöhung der Staatseinnahmen geführt. Sie haben Sozialprogramme finanziert, aber auch zur Umverteilung von öffentlichen Geldern innerhalb des Landes geführt. Hierdurch konnte die absolute Armut reduziert werden. Auch die Mittelschicht ist gewachsen, jedoch eher in den Städten als auch auf dem Land. Auf lokaler Ebene hat der Ressourcenboom zwar Arbeitsplätze und auch Einkommensmöglichkeiten wegen Dienstleistungen geschaffen, jedoch hat er in mehreren Regionen auch zur Erhöhung der Lohn- und der Lebenshaltungskosten allgemein geführt. Wir sehen also in räumlicher und zeitlicher Hinsicht Ungleichheiten im Zusammenhang mit dem Ressourcenboom. Zum einen ist die Bevölkerung, die in unmittelbarer Umgebung der extraktiven Projekte wohnt, am stärksten von den Kosten und Risiken des Abbaus und Abtransports von Rohstoffen betroffen, partizipiert aber nur in sehr eingeschränkter Form an den Gewinnen. Zum anderen entstehen durch extraktive Projekte auch intergenerationelle Ungleichheiten. Denn aufgrund der Umweltkosten und -risiken sowie der territorialen Veränderungsprozesse schränken extraktive Projekte die Entwicklungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen ein.

2018

InfoPeru: Angesichts der Weltlage spielt Lateinamerika allgemein, und Peru im Besonderen, für Deutschland keine große Rolle. Wo konkret bestehen heute deutsche Interessen in Peru?

Barbara Göbel: Perus Bedeutung für Deutschland besteht in seiner Rolle als Rohstofflieferant einerseits und Abnehmer von Industriegütern andererseits. Die Bioökonomie hat in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. In Deutschland ist man sich der aufstrebenden Rolle Chinas in Lateinamerika sehr bewusst und möchte gerade in dieser neuen Konjunktur seinen eigenen Einfluss auf die Region nicht verlieren. Für die multilaterale Agenda Deutschlands ist Peru im Zusammenhang mit der Klimapolitik sowie der Biodiversitäts- und Wasser-Agenda von gewisser Bedeutung. Die wissenschaftliche Kooperation zwischen Deutschland und Peru ist sehr gewachsen, auch wenn von den absoluten Zahlen her weiterhin Brasilien, Mexiko, Argentinien und Chile die wichtigsten Partner Deutschlands im Bereich Wissenschaft und Forschung sind.

InfoPeru: Vielen Dank Frau Prof. Dr. Göbel für dieses Interview.

5. Köln – Yarinacocha: Wie eine Klimapartnerschaft entsteht

Der peruanische Distrikt Yarinacocha im Amazonas-Departament Pucallpa ist eine Klimapartnerschaft mit der Stadt Köln eingegangen. Elke Falley-Rothkopf von der deutschen Nicht-Regierungs-Organisation INFOE e.V. und Thomas Brose, Geschäftsführer des europäischen Netzwerks Klima-Bündnis, erzählen, wie diese neue Partnerschaft zustande kam und was sie möchte.

Im Juli 2017 beschloss der Stadtrat von Köln einstimmig, eine Klimapartnerschaft mit der Stadt Yarinacocha in Ucayali, Peru, und seinen indigenen Gemeinschaften einzugehen. Anfang Oktober konnten VertreterInnen aus Yarinacocha und der Stadt Köln zusammen mit zwei Kolleginnen vom Klima-Bündnis am Auftaktworkshop des SKEW-Programms (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt) von Engagement Global (Inlandprogramm des BMZ) in Bremen teilnehmen. Hier tauschten wir unter der konstruktiven Anleitung der MitarbeiterInnen von Engagement Global Ideen und Erfahrungen auch mit KollegInnen von Kommunen aus weiteren Klima-Partnerschaften (z.B. Ambato/Ecuador – Stuttgart) aus der aktuellen Phase des SKEW-Programms aus. Im Rahmen der thematischen Arbeitsgruppen legten wir die Zuständigkeiten und grundlegenden Zielen der Partnerschaft fest. So betonten die beiden städtischen RepräsentantInnen aus Yarina sowie Robert Guimaraes von der indigenen Organisation FECONAU (Zusammenschluss der indigenen Gemeinden des Ucayali Flusses und seiner Nebenflüsse), dass ihnen der Schutz der einzigartigen Lagune von Yarinacocha als Lebensgrundlage für die dortige Bevölkerung und die biologische Vielfalt der angrenzenden Waldgebiete von besonderer Bedeutung für das gesamte, fragile Ökosystem am Ucayali und seinen Nebenflüssen ist.

Im Februar dieses Jahres nun fand die erste offizielle Entsendung der deutschen RepräsentantInnen der Klima-Partnerschaft im Rahmen des SKEW-Programms nach Yarinacocha in Ucayali statt. Als VertreterInnen der Zivilgesellschaft nahmen Thomas Brose vom Klima-Bündnis und Elke Falley-Rothkopf von INFOE und Infostelle Peru teil. Im Folgenden kommen sie direkt zu Wort.

Infostelle Peru (ISP): Thomas, diese Klima-Partnerschaft geht zurück auf eine (fast) zufällige

2018

Begegnung dreier indigener Repräsentanten mit dem Botschafter des Klima-Bündnisses auf der COP 22 2016 in Marrakesch, dem Kölner Bürgermeister Andreas Wolter. Was kannst Du zu den Hintergründen erzählen?

Thomas Brose: Das Klima-Bündnis als größtes europäisches Städtenetzwerk mit einer Kooperation mit den indigenen Völkern Amazoniens nimmt regelmäßig auch an den internationalen Klimakonferenzen (COPs) teil. Seit einigen Jahren sind auch kommunale VertreterInnen als „Botschafter“ für das Klima-Bündnis auf den COPs unterwegs, um die Arbeit des Klima-Bündnisses vorzustellen. In 2016 war der Kölner Bürgermeister Andreas Wolter auf der Konferenz in Marrakesch in dieser Funktion und hat dort durch die Vermittlung von INFOE e.V Kontakt mit einer indigenen Delegation gehabt, die vor allem auf die Situation des Ausbaus von Palmölplantagen im Regenwald Perus und die dadurch entstehende Bedrohung indigener Gemeinden aufmerksam machen wollte. Bei dieser Gelegenheit hat Robert Guimaraes, der Vertreter des Indigenenverbandes, den Bürgermeister nach Peru eingeladen. Anfang 2017 ergab sich eine Möglichkeit eines Gegenbesuches, den ich mit dem Bürgermeister in die Region durchgeführt habe. Bei dieser Gelegenheit wurden erste direkte Kontakte gemacht. Nach der Rückkehr hat der Bürgermeister den Vorschlag einer konkreten Partnerschaft mit allen Parteien und relevanten Akteuren in der Stadt diskutiert und schließlich einen Vorschlag im Rat zur Abstimmung eingebracht.

ISP: Elke, Du warst in Marrakesch bei dieser ersten Begegnung dabei...

Elke Falley-Rothkopf: Ein Kollege und ich begleiteten den Dachverband der indigenen Organisationen Amazoniens, die COICA, als VertreterInnen von INFOE e.V. auf der COP und haben logistische und sprachmittlerische Unterstützung für die COICA und ihre Mitgliedsorganisationen geleistet. Das Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder / Alianza del Clima e.V. ist ein im Jahr 1990 gegründetes europäisches Netzwerk und ihr Partner ist die COICA, zu der auch AIDSESEP, als indigener Dachverband aus Peru und FECONAU, Mitglied von AIDSESEP, gehören. Mit dem Klima-Bündnis arbeitet INFOE seit vielen Jahren zur Unterstützung indigener Völker weltweit zusammen, und auf der COP in Marrakesch haben wir auch das Klima-Bündnis unterstützt. Als wir nun im Tagesprogramm für *Side Events* die Ankündigung der Klima-Bündnis-Veranstaltung mit dem Kölner Bürgermeister sahen – sozusagen als Vertreter unserer „Heimat“stadt Köln – haben unsere indigenen Kollegen Robert Guimaraes, Jamer Lopez Agustín und Lyndon Pishagua sowie mein Kollege und ich dort vorbeigeschaut. Wir haben nicht geahnt, dass sich aus dem spontanen Zusammentreffen nach den Vorträgen so viel ergeben würde. Doch alle Beteiligten entwickelten sofort eine Vielzahl von Ideen und Andreas Wolter lud sie spontan ins Kölner Rathaus ein. Dies wiederum passte genau zu dem von INFOE im Anschluss an die COP geplanten Fachgespräch zum Thema „Bedeutung der indigenen Territorien für den Wald-Klimaschutz“ mit der Stadt Köln.

ISP: Thomas, Du hast seit vielen Jahren argumentiert, dass sich die Planungsebenen und -anliegen von indigenen Gemeinden und Städten ähneln, sodass auf dieser politischen Ebene schneller Verständnis für einander und vor allem auch schneller Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung ergeben?

Thomas Brose: Wir betrachten indigene Territorien, vor allem diejenigen, die eine rechtliche

2018

Anerkennung haben, in einer ähnlichen Funktion und Verantwortung wie Kommunen. Beide Akteure sind verantwortlich, sich auf lokaler Ebene um die Planung und Nutzung von Gesundheitsversorgung, Bildung, Infrastruktur und ökonomischer Entwicklung zu kümmern. Sie sind auch verantwortlich dafür, die natürlichen Ressourcen auf nachhaltige Weise zu nutzen. Während uns das noch nicht gelingt, haben indigene Völker eine Tradition von jahrtausendealter Nutzung von Ressourcen in einer Weise, dass die Ökosysteme nicht komplett zerstört werden. Über 30% des noch vorhandenen Kohlenstoffes in Amazonien befindet sich in indigenen Territorien. Dies ist sichtbar über Satellitenaufnahmen, wurde aber auch durch wissenschaftliche Studien bestätigt. Genau wie Kommunen in Europa können indigene Völker in Amazonien also einen zentralen Beitrag zur Vermeidung weiterer Klimaerwärmung leisten und Impulse sowie konkrete Beispiele geben für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen. Die Territorien sind aber auch ein wichtiges Element, um weitere Zerstörungen zu vermeiden. Deren Einschränkung oder gar die Rücknahme ihres legalen Status, wie sie z.B. die aktuelle Regierung in Brasilien gerade durchführt, öffnet Tür und Tor für die Zerstörung der noch verbliebenen Regenwaldgebiete.

ISP: Elke, was war für Dich das Bedeutendste an der Delegationsreise nach Peru?

Elke Falley-Rothkopf: Nach all den Jahren, die ich bei INFOE die COICA und AIDSEP auf den Klimaverhandlungen begleitet habe, wo wir in Konferenzsälen das Ringen um den Textlaut von Abschlussdokumenten und die Einrichtung von internationalen Klimaschutz-Mechanismen, einschließlich Finanzierungskonzepten, miterleben und oft auch in seiner Zähigkeit kritisieren, sind wir nun vor Ort, in einer Kommune in Amazonien, gelandet und es gilt, nun tatsächlich Projekte, von Kommune zu Kommune(n) zu realisieren. Dies beginnt mit der Herausforderung, die verschiedenen administrativen und sonstigen Handlungsebenen kennen- und verstehen zu lernen, ebenso die Vielzahl der Akteure und ihrer Anliegen und Interessen. Bei der Partnerschaft zwischen Yarinacocha, ihren indigen Gemeinschaften und Köln müssen ja auch die kulturellen Unterschiede verstanden und in diesem Sinne Brücken gebaut werden. Für uns ist es auch immer unerlässlich, den historischen Kontext nicht außer Acht zu lassen. Wir haben damit quasi eine weitere Ebene des gegenseitigen Dolmetschens und der Vermittlung von Verständnis erreicht, was zu der gemeinsamen Durchführung von Projekten führen soll ...

ISP: Thomas, beim Klima-Bündnis habt Ihr schon eine Vorgänger-Partnerschaft mit der Stadt München und den Asháninka. Kannst Du uns hiervon berichten? Was könnt Ihr aus den darin gewonnenen Erfahrungen mit in die Klimapartnerschaft Yarinacocha-Köln mitbringen?

Thomas Brose: Die Partnerschaft der Stadt München mit den Asháninkas in Peru existiert bereits seit vielen Jahren und ist fester Bestandteil der Nord-Süd-Arbeit der Stadt. Die politische Unterstützung durch einen formellen Beschluss gibt der Partnerschaft eine wichtige Legitimation und Sichtbarkeit, die ohne die Verbindung mit der Stadt so wahrscheinlich schwieriger wäre. Deshalb spielt auch der Beschluss in Köln für die Akzeptanz der dortigen Klimapartnerschaft eine wichtige Rolle für die zukünftige Arbeit. Die Stadt München in Kooperation mit dem Nord-Süd-Forum organisiert regelmäßig Besuche von VertreterInnen der Asháninka. Während dieser Zeit besuchen sie Schulen und nehmen an Diskussionsveranstaltungen mit lokalen Partnern teil. Aber auch der Besuch von Vertretern der Stadt in Peru ist ein wichtiger Aspekt der Zusammenarbeit. Durch den regelmäßigen Austausch ist die Partnerschaft bekannt und kann genutzt werden, um

2018

Aspekte wie Globalisierung, Regenwaldschutz oder unterschiedliche Lebensstile auf eine sehr konkrete Art zu beleuchten. Die Partnerschaft findet damit Einzug in das Alltagsleben der BürgerInnen.

ISP: Elke, wenn Du von Dolmetschen sprichst, dann weil das – bis dato – eine der Hauptaufgaben bei den Klimaverhandlungen war...

Elke Falley-Rothkopf: Ja, zu diesem Zweck hat uns die COICA herangezogen: wir sollten bei den internationalen Verhandlungen vermitteln. Bei INFOE ist eines der Grundprinzipien, dass wir keine Projekte unter uns, sozusagen auf dem Reißbrett entwickeln, sondern dass wir das indigene Mandat brauchen, um aktiv zu werden. Dies ist in diesem Fall unserer Kooperation mit der COICA und ihren Mitgliedsverbänden gegeben. Über die COICA sind wir institutionell noch mehr als in unserer Arbeit zuvor mit dem Klima-Bündnis verbunden, welches auf Anregung durch indigene Partner gegründet wurde, also liegt hier eben auch das indigene Mandat vor. Und es zeigt uns Handlungsfelder hier bei uns in Europa auf. Auf dieser Basis ist die Klimapartnerschaft zwischen Yarinacocha, seinen indigenen Gemeinschaften und Köln entstanden, das macht sie besonders. In einer Zeit, wo zwar die Bedeutung indigenen traditionellen Wissens zum Beispiel in internationalen Konventionen wie der Klimaschutzrahmenkonvention, aber auch in der Debatte um die Konvention zur marinen Biodiversität zur Kenntnis genommen wird, es andererseits immer schwieriger wird für indigene Gemeinschaften an die hart umkämpften Unterstützungsfonds zu kommen und ihre RepräsentantInnen in ihren Heimatländern zunehmend unter Beschuss geraten. Hier ist es immer noch notwendig und immer dringlicher, alte (Denk- und Handlungs-)Strukturen aufzubrechen, bisher ist uns dies nicht so gelungen, dass wir einen wirklichen Sprung nach vorne gemacht hätten, was den Respekt indigener Gemeinschaften und Kulturen betrifft.

ISP: Thomas, was war für dich das Bedeutendste an der Delegationsreise nach Yarinacocha und Lima ?

Thomas Brose: Das Programm der „50 Klimapartnerschaften“ der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) hat einen sehr innovativen Ansatz. Es nutzt bestehende oder neu gebildete Partnerschaften nicht nur für den direkten Austausch und ein besseres Kennenlernen. Es hat das Ziel, dass sowohl die Kommunen im Norden wie die im Süden konkrete Aktionspläne im Klimaschutz entwickeln. Dieser Gedanke der Zusammenarbeit an einer gemeinsamen Herausforderung wie dem Klimaschutz geht über die klassische EZ hinaus. Deshalb war es für mich während der Delegationsreise interessant zu erleben, wie sehr unterschiedliche Akteure, die es nicht unbedingt gewöhnt sind, intensiv miteinander zu arbeiten, zusammen kommen und ihre unterschiedlichen Anliegen und Sichtweisen austauschen. Die Teilnahme der Stadt Köln hat sicherlich auch dazu beigetragen, Türen zu öffnen. Als die Regionalregierung von der Reise erfuhr, waren sie auch sehr daran interessiert, an den Gesprächen in Yarinacocha teilzunehmen. Eine Gesprächsrunde mit dem deutschen Botschafter in Lima wäre in einer rein NGO-geprägten Gruppe sicherlich auch nicht ohne weiteres möglich. Ich hoffe, dass diese ersten Erfahrungen in weiteren Gesprächen und gemeinsamen Projekten sich zu einer wirklichen und beständigen Partnerschaft entwickeln.

ISP: Danke Elke und Thomas für das Interview!

2018

6. Perus neue Umweltministerin

Es gibt wichtigere Ministerien in Peru als dieses zur Umwelt. Aber für diejenigen, die sich – mit ihren Partnerorganisationen – im Bereich „Umweltschutz-Indigene“ engagieren, kann es interessant sein, mehr über diese neue Ministerin und ihre möglichen Aktivitätsfelder in Peru zu wissen.

Die aktuelle Umweltministerin im Kabinett von Präsident Martin Vizcarra heißt Fabiola Muñoz. Sie ist Rechtsanwältin, hat an der Katholischen Universität Perus (PUCP) studiert und ihren Master in Sozialpolitik (mit Schwerpunkt Genderfragen) an der Universität San Marcos und noch ein Diplom in Interkultureller Erziehung gemacht. Sie war in ihren 16 Berufsjahren u.a. Direktorin bei der peruanischen Forstbehörde Serfor, Direktorin im Landwirtschaftsministerium und Direktoriumsmitglied im Waldprogramm USA-Peru und ist Universitätsprofessorin.

Sie könnte etwas bewegen, wenn die „wichtigen“ Ministerien wie Energie-Bergbau und Landwirtschaft sie lassen. Ein Indiz für die (Un-)Bedeutung dieses Ministeriums kann man vielleicht darin sehen, dass in den Zeitungs-Kommentaren viel zu Vita und bisherigen Tätigkeiten der Minister für Justiz, Bildung, Transport, Energie zu lesen war. Ueber Fabiola Muñoz wurde kaum berichtet.

So sagt der neue Premierminister Cesar Villanueva sehr deutlich, dass die Bergbauprojekte, auch die, gegen die heftig protestiert wird, jetzt laufen müssen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Das will auch der neue Bergbauminister Francisco Ismodes (Rechtsanwalt). Dieser war Leiter der peruanischen Nationalen Gesellschaft für Bergbau, Erdöl und Energie in der Zeit von 2013 bis 2014 und danach Direktor des Bergwerkunternehmens Milpo (Sierra Anapite). Nachdem die Rohstoffpreise jetzt wieder angezogen haben, ist das Interesse an einem soliden Funktionieren der Minen wie Tía Maria (Provinz Islay in der Region Arequipa), Espinar (Cusco), Las Bambas (Apurímac) etc. in den Regionen Cajamarca, Piura, Pasco sehr groß. Ob und wie sich die Umweltministerin da mit ihrem Bereich durchsetzen kann (und will), ist ein großes Fragezeichen.

Heinz Schulze

7. Der Raubzug geht weiter

Grupo México – Southern Copper Corporation Peru will an das Kupfer in Michiquillay (Cajamarca)

Die Mine Michiquillay, in der Nähe der Regionalhauptstadt Cajamarca gelegen, wurde seit vielen Jahren geplant dann, wieder auf Eis gelegt und soll jetzt endgültig ausgebeutet werden. Diese polymetallische Mine (Kupfer, Silber u.a.) wird dann eine der größten in Peru sein. Im Beitrag werden die Vorgeschichte – auch der Betreiberfirma – dargestellt und die bisherigen Reaktionen der Bevölkerung. Diese heißen nicht, wie woanders: Nein zur Mine, sondern es geht mehr darum, wie viel Geld die Mine für die umliegenden Dörfer zahlen will. Dieses Großprojekt steht noch am

2018

Anfang; um daraufhin zu agieren, ist eine genauere Kenntnis des aktuellen Standes sinnvoll. (Heinz Schulze)

Seitdem ab 2013 international im metallurgischen Sektor wegen geringerer Metallpreise weniger investiert wurde, ziehen seit dem vergangenen Jahr die Investitionen wieder an. Tatsächlich ist schon seit Mitte der 90er Jahre Lateinamerika die begehrteste Region für Bergbaugelder; im vergangenen Jahr flossen 30 % aller Mittel weltweit dorthin. Chile und Peru stehen an der Spitze.

Auch die deutschen metallverarbeitenden Unternehmen kaufen Rohstoffe wie Kupfer. Da sie und die deutsche Regierung keine verbindlichen Menschenrechtsstandards für Gewinnung und Einkauf von Erzen und Metallen unterschrieben haben (und die freiwilligen Standards nichts bewirken), können sie bei Bergwerksfirmen einkaufen, die Standards nicht folgen.

Wir als Konsumenten profitieren von den Produkten und es stünde uns gut an, uns über die Produktionsbedingungen zu informieren und beizutragen, dass sie im „globalen Süden“ besser und fairer werden. Das wäre zum Beispiel nötig in Lateinamerika, in Peru, beim Bergbauriesen Grupo México (dem größten Bergwerksunternehmen und anderer Bereiche in Mexiko). Wobei die Verflechtungen und Chamäleon-Eigenschaften die Sache nicht erleichtern.

Umweltverschmutzung und Tod durch Grupo México

Im Jahr 2014 flossen 40.000 Kubikmeter hochgiftigen Kupfersulfats aus ihrer Kupfermine Buena Vista de Cobre im Nordosten Mexikos in die Flüsse Bacanuchi und Sonora. Dabei wurden ca. 22.000 Personen direkt und ca. 250.000 Menschen indirekt betroffen. Der Besitzer von Grupo Mexiko, Germán Larrea Mota-Velasco, der zweitreichste Mann Mexikos mit besten Kontakten zu den Regierenden, wurde wie seine Firma wegen dieser schlimmsten Umweltkatastrophe in der (jüngeren) Geschichte Mexikos nicht zur Rechenschaft gezogen. Als Argument reichte bisher, dass ein klimatisches Problem Ursache der Katastrophe gewesen sei.

Acht Jahre früher, 2006, starben im zur Grupo México gehörenden Kohlebergwerk Pasta de Conchos 65 Menschen in den mehr als 400 Meter tief gelegenen Stollen. Die Angehörigen der Toten erhielten keinerlei Entschädigung.

Grupo México als Southern Copper in Peru

Grupo México erwarb 2004 mehr als die Hälfte der Anteile an der Southern Peru Copper Corporation, einem Konsortium, das schon seit 1952 sprudelnde Einnahmen aus Peru zog. Im Oktober 2005 erfolgte die Umfirmierung in Southern Copper Corporation.

2017 gewann Southern Copper die Ausschreibung zur Ausbeutung der Kupfervorkommen von Michiquillay, im nördlichen Andengebiet der Region Cajamarca.

Aber die Southern Copper hatte früher und hat heute in Peru Probleme und schwere Konflikte verursacht. Tía María (Mine in der südlichen Region Arequipa) musste wegen massiver Proteste der betroffenen Landbevölkerung wiederholt die Arbeit einstellen (2011, 2015):

Anlässlich der Vorstellung einer (vor Inbetriebnahme vorgeschriebenen)

Umweltverträglichkeitsstudie demonstrierte die Bevölkerung. Saldo: vier Tote, zahlreiche Verletzte. Im März 2016 streikte die Bevölkerung gegen die Mine Tía María. Bei der Niederschlagung des unbefristeten Streiks durch Polizeikräfte gab es Tote und hunderte von

2018

Verletzten. Bei einem Ergebnis von jährlich etwa 120.000 Tonnen Kupfer schienen der peruanischen Politik Umwelt- und Menschenrechte wohl nachrangig.

Wegen Umweltverschmutzung mussten die von Southern Copper betriebenen Bergwerke Cuajone (Moquegua) und Toquepala (Tacna) sowie die Raffinerie in Ilo (Küste) ca. 27,5 Millionen Euro Strafe zahlen. Besser gesagt: Sie wurden dazu verurteilt.

Michiquillay in der Region Cajamarca

Schon unter der Regierung von General Velasco Alvarado (seit Beginn der 1970-er) wurden in Michiquillay Gesteins-Proben entnommen und kompakte verfahrenstechnische Anlagen installiert, um Erzaufbereitungsprozesse zu testen. Parallel dazu begann man mit dem Bau einer ca. 25 km langen Zufahrtsstraße in Richtung der Mine (mit Abzweig von der nach Cajamarca führenden Hauptstraße in Höhe des Gebirgspasses El Gavilán). Der Straßenbau wurde schnell aufgegeben. Es stellte sich heraus, dass die provisorische Kupfererzgewinnungs- und Aufbereitungsanlage keine sonderlich profitablen Ergebnisse erwarten ließ, da unter anderem auch fraglich war, ob das Kupfererz (mit einem grenzwertigen Kupfer-Gehalt) im traditionellen (unterirdischen) Bergbaubetrieb oder aber im großflächigen Tagebau („open-pit-mining“) gewonnen werden sollte. Das seinerzeit involvierte japanische Unternehmen zog sich dann zurück. Profitabel oder nicht – Urinproben von Menschen, die das Wasser unterhalb des Berges nutzten, enthielten die Metalle.

Die bergwerkskritische Organisation Grufides (Cajamarca) beschreibt in einer ausführlichen Dokumentation die Geschichte der Mine und dabei auch die Konflikte zwischen der Ortschaft und den staatlichen Behörden.

Michiquillay liegt in den nördlichen Anden in der Provinz Cajamarca, im Distrikt La Encanada, auf einer Höhe von 3.000 bis 3.500 Metern. Sie umfasst ca. 15.000 Hektar und wird im offenen Tagebau operieren. Die Kleinstadt La Encanada ist nur 2,5 km entfernt. Zum Einzugsgebiet gehören auch drei Landkreise (Baños del Inca, Llanacocha, Namora), so dass die Bevölkerung durchaus unterschiedliche Interessen vorbringt.

Der zu hebende Schatz, Kupfer und Molybdän, Gold und Silber, wird auf über 1,1 Milliarden Kubiktonnen geschätzt. 2005 bekam die englische Firma Anglo-American Michiquillay für 403 Millionen Dollar vom peruanischen Staat die Konzession zur Exploration. Nach Aussagen der Firma erhielt sie 2008 die Zustimmung des Dorfes Michiquillay zu Probebohrungen. Vereinbart war, dass während der auf 5 Jahre veranschlagten Exploration die Bevölkerung gewonnen werden und die Hälfte der 403 Millionen Dollar in einen Sozialtopf gehen sollte, der dem Dorf und umliegenden kleinen Weilern zugute kommen sollte. Nichts dergleichen geschah – auch die Vorstellung der kleinbäuerlichen Bevölkerung, in der Mine Arbeit zu finden, platzte. Ein Teil der Bevölkerung war absolut auf Seiten der Mine, ein anderer sehr skeptisch. Kleinbauern befürchteten, dass sie von ihrem Land vertrieben und kein gleichwertiges Land als Entschädigung erhalten würden. Ein kleiner Teil war wegen zu erwartender Umweltschäden (großräumiger Tagebau mit Berge versetzen) gegen den Minenbetrieb. Das Dorf war gespalten. Die einen protestierten, weil sie sich nach einem Landverkauf übers Ohr gehauen fühlten, die anderen, weil niemand sie gefragt oder informiert hatte, wieder andere, weil sie feststellten, dass sie zwar eine Quittung über den früheren Kauf ihres Landes (1968) hatten, sie aber nicht im amtlichen Grundbuch eingetragen waren. 2009 schloss ein angeblicher Repräsentant des Ortes Michiquillay, Ovidio Villanueva, einen

2018

Vertrag mit Anglo American um das Verhältnis zu regeln. Die tatsächlichen Ortsverantwortlichen beklagten Urkundenfälschung und berichteten, dass die zugesagte Hälfte der 403 Millionen Dollar Konzessionszahlung statt in einen örtlichen Sozialfonds in einen Entwicklungstopf beim peruanischen Staat geflossen sei – von dem die Bevölkerung nichts habe.

Im Mai 2014 zog sich Anglo American Michiquillay wohl wegen Rentabilitätsüberlegungen (schwankender Kupferpreis und Risiken) aus dem Projekt zurück. Das Energie- und Bergbauministerium schrieb das Projekt neu aus. Im Mai 2017 verkündigte das Ministerium, dass einige Firmen ihr Interesse gezeigt hätten. Diesmal war die – als Wirtschaftsimpuls vom Präsidenten bekannt gegebene – Verhandlungsbasis für den Einstieg 1 Milliarde US-Dollar – für eine nurmehr auf 187.000 Kubiktonnen Kupfer geschätzte Produktion.

Allgemein rechnete man damit, dass die in der Nähe von Michiquillay tätigen Firmengruppen Newmont (USA), die die größte Goldmine Lateinamerikas, Yanacocha, betreibt, oder Buenaventura (Peru), die dort auch gern die Kupfermine Conga betrieben hätte, den Zuschlag erhalten würden. Buenaventura kündigte an, für Michiquillay 2 Milliarden Dollar zu bieten. Das Staatliche Büro für Privatinvestitionen (Proinversion) meldete, dass bis Oktober 2017 zwanzig Interessenten aus China, USA, England, Peru geboten hätten.

Ein Wortführer der bergbaukritischen Organisationen, Idelso Hernández Llamó von den rondas campesinas, kündigte heftige Proteste an, auch, weil die ländliche Bevölkerung durch die Projekte Yanacocha und Conga sehr sensibel und kritisch gegenüber Bergbauaktivitäten geworden war.

Am 25.10.2017 erklärten die BewohnerInnen von Michiquillay öffentlich, dass sie die vorher von ProInversion mit einigen Familien geführten Verhandlungen nicht akzeptierten, da die Ergebnisse nicht einmal die bereits ab 2006 vereinbarten Vorteile beinhalteten (Sozialfonds). Sechs Wochen später forderte eine Gruppe Campesinos aus dem nahen La Encanada, dass endlich wieder eine Konzession erteilt werden solle. Eine größere Gruppe aus den Städtchen La Encanada und Namora protestierte auf dem Hauptplatz, weil die Bevölkerung nicht wie vorgeschrieben durch eine Vorab-Konsultation in Bergbau-Entscheidungen einbezogen wurde und kündigte Streiks des Regionalverbands der rondas campesinas gegen die Bergbauaktivitäten an.

Am 21.2.2018 verkündete die peruanische Regierung, dass Southern Copper Corporation die Ausschreibung gewonnen habe und 2 Milliarden Dollar für die Konzession zahle; genauer gesagt: Sofort 400 Millionen und jährlich 3% Steuern.

Die Proteste gehen weiter. Unter anderem weist der Kongressabgeordnete Marco Arana Zegarra (Frente Amplio) warnend darauf hin, dass die Southern Copper zu den Firmen gehört, die wegen Umweltverschmutzung am öftesten und härtesten mit Strafen belegt werden mussten.

Trotz aller Querelen mit Schlammschlachtcharakter auf allen politischen und betroffenen örtlichen Ebenen zwischen Befürwortern und Gegnern verkündet (auch) der Vize-Bergbauminister Manuel Vásquez seine Zuversicht, dass Michiquillay für die Menschen vor Ort und die ganze Region Cajamarca einen Riesensprung zur Entwicklung bedeute. Sein Vorgänger, Romulo Mucho, hatte formuliert, dass wegen der schlechten wirtschaftlichen Situation in Cajamarca die Chance für neue Bergbauprojekte sehr gut sei, vor allem wenn der Betrieb mit einem Sozialfonds die vorhandene negative Stimmung gegen die Mine überwinde und um die Zustimmung der Bevölkerung werbe. Von Michiquillay würden alle anderen Bergbauunternehmen in der Region profitieren (Galen, La

2018

Granja, Shahuindo, Conga), weil „jetzt Kupfer im Wert von 7 Milliarden Dollar exportiert werden“ könne. (22.3.18) Nach Aussagen der Politiker ist ein Sozialfonds vereinbart.

Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich die Frage nach dem Fonds aus rund 200 Millionen Dollar als die eigentliche Angelegenheit, um die hauptsächlich gestritten wird: Gibt es den Fonds wirklich, wer verwaltet ihn, welchen Distrikten soll er zur Verfügung stehen, kann damit die kleinbäuerliche Landwirtschaft gefördert werden? Ein durchgängiges, striktes NEIN zu Michiquillay ist bei der Bevölkerung nicht zu erkennen. Umso wichtiger sind die Positionen des Unternehmens, die der Peru-Verantwortliche der Southern Copper Corporation, Oscar González Rocha, in einem Interview dargestellt hat:

*Nach den jetzt anstehenden Vorarbeiten wird ab 2023 Kupfer abgebaut.

*Stimmen die Bedingungen nicht und spielt die Bevölkerung nicht mit, können wir auch sagen: gut, das war's dann – und Schluss.

*Wir sind bereits in der Mine Tantahuatay Partner von Buenaventura, die Conga wegen der Proteste auf Eis legen musste (beide Minen: Cajamarca); eine weitere Zusammenarbeit kann sich also noch ergeben.

*Wir sind auf die volle Unterstützung der peruanischen Regierung angewiesen, und zwar ohne Wenn und Aber. Nur so können wir Zustände wie in Tía María vermeiden. Dort mischten sich Bergbaueegner ein und blockierten uns.

*Erhalten wir volle Unterstützung, werden wir investieren: in Toquepala 1,25 Milliarden, in Tía María 1,4 Milliarden, in Michiquillay 2,5 Milliarden und in Los Chancas 2,5 Milliarden Dollar.

*Unser Ziel ist, ab 2025 jährlich 1,5 Millionen Tonnen Kupfer zu fördern.

Kaum wurde der Deal zwischen der Southern Copper Corporation mit der peruanischen Regierung rufbar, schnellten die Aktienkurse der Southern Copper Peru an der Börse in Lima um 22 % in die Höhe.

Ausblick, Perspektiven und Fazit

Nach Aussagen z.B. von Miningscout wird die Kupferproduktion stark ansteigen. Dafür mit verantwortlich ist eine steigende Nachfrage nach Elektroautos. Diese benötigen in etwa viermal soviel Kupfer wie ein bisher übliches Automobil.

Weltweit soll der Output von Kupfer zwischen 2018 und 2027 um jährlich 3,6% wachsen. Das soll die Kupferproduktion von heute 20,4 Millionen Tonnen auf jährlich 28 Millionen Tonnen wachsen lassen. Wichtige Produktionsländer sind und werden noch stärker Chile (mit der staatlichen Firma Codelco), Kongo, Australien, USA und Peru sein. In Peru gehen Analysten davon aus, dass das jährliche Wachstum des Kupferabbaus 4,4% betragen wird, so dass die Kupferproduktion von 2,5 auf 3,7 Millionen Tonnen im Jahre 2027 wächst.

Die Kupfermine Michiquillay ist erst in der Explorations- und Vorbereitungsphase. Dabei wird sich herausstellen, ob sich der Abbau wirklich „lohnt“. Der Kupfergehalt soll zwischen 0,4 % im Erz (Grufides) bis 0,6% (andere Quellen) liegen, was höchst grenzwertig ist. Interessant sind die möglichen Erträge aus den vorhandenen Anteilen an Gold (0,5 Gramm pro Tonne), an Silber (4 Gramm pro Tonne Erz) und der Anteil an strategischen Buntmetallen. Dazu gibt es keine Angaben.

2018

In den Informationen in den elektronischen Medien werden nur die finanziellen Vorteile beschrieben. Das zu erwartende Problem der Wassernutzung und -verschmutzung, die Verschmutzung von Boden und Luft etc. wird nicht angesprochen.

Da die Bergwerksunternehmen genau Input und Output kalkulieren, wird die Zukunft von Michiquillay sowohl von den Kupferpreisen, den Herstellungskosten wie auch von den „Sozialkosten“ abhängig sein.

Ein möglicher Ausblick in die nähere Zukunft:

Der Mitbesitzer der auf Eis gelegten Kupfermine Conga bei Cajamarca, Roque Benavides, erklärte kürzlich, dass er sich eine gute Zusammenarbeit mit Southern Copper vorstellen kann – wegen Synergieeffekten mit den anderen im nördlichen Andengebiet, quasi in der Nachbarschaft arbeitenden Minen. In der Mine Coimolache (Tantahuatay) sind sie eh schon Partner mit Southern Copper. Und eine Kooperation mit der Mine Galeno (Kupfer, Silber und Gold), die der chinesischen Gesellschaft Minmetals gehört, könnte auch Synergieeffekte bringen. Der Chef von Southern Copper, Oscar González, steht diesen Vorschlägen im Prinzip positiv gegenüber.

So ist das nördliche Andengebiet bei Cajamarca immer mehr ein Zentrum von Bergwerks-Großprojekten. Nicht von ungefähr ist Peru aktuell weltweit der zweitgrößte Produzent von Kupfer und der siebtgrößte Produzent von Gold.

Für die betroffene Bevölkerung und die mit ihnen kooperierenden Organisationen stehen jetzt folgende Forderungen / Aktivitäten an:

- * Vorabkonsultation (consulta previa)
- * Plan-Offenlegung (im Rahmen der participación comunitaria)
- * Planfeststellungsverfahren
- * Transparente Runde Tische / öffentliche Anhörungen

Quellen: La República.pe – 1209172 10.3.18., elcomercio.pe 13.3.18; Grufides, Cajamarca, 12.3.18; Grufides Conflicto Minero Proyecto Michiquillay 2018; El Clarin Cajamarca 20.3.2015; El Comercio 20.5.15; Noticias SER 20.5.16; Diario Peru 5.3.18; la república.pe 1212752, andina.pe 703497 17.3.18. <https://investing.com/education-providers>, Rohstoffe; <https://investing.com/analysis/rohstoffe> 23.3.18; Cooperación.org.pe/Transparencia;el economistaamerica.pe/9070195, 18.4.18; mit weitergehenden Informationen von Peter Wicke. Dank auch an Trudi Schulze für die Überarbeitung. Zusammenfassung und Übersetzung: Heinz Schulze

8. Paranüsse schützen Regenwald und unterstützen indigene Familien

Der Export der meisten Produkte aus dem intakten amazonischen Regenwald schadet diesem und den von und in ihm lebenden Menschen. Eine Ausnahme sind die Paranüsse (castañas). Hierzu ein Beispiel aus Peru.

In der Region Madre de Dios, im südlichen Amazonasgebiet, gibt es noch intakten Regenwald. Dieser ist stark gefährdet, u.a. durch illegalen Goldabbau und dessen massiven Quecksilbereinsatz.

2018

Einige Dorfgemeinschaften der in dieser Region lebenden indigenen Völker – Harakbut, Yine und Matsiguenga – ernten und verkaufen Paranüsse. In den Dorfgemeinschaften Masenawa und Boca Ishriwe begannen die Familien 2015 (Harakbut) wieder mit den wirtschaftlichen Aktivitäten rund um die Paranuss. Gefördert wurden sie dabei vom UN-Umweltprogramm (PNUD), von der Hilfsorganisation CARE und von Technikern der Reserva Comunal Amarakaeri (der kommunalen Schutzzone). Diese Dörfer liegen südlich der Stadt Puerto Maldonado, erreichbar über die Carretera Interoceánica und mit dem Boot auf dem Fluss Madre de Dios in eineinhalb bis zwei Tagen.

Aus dem Bericht von Donofré Chuco Castro hier einige Informationen:

Nach Aussagen der Dorfchefin von Mazenawa, Carmen Irey C., erhalten sie für einen 70 kg-Sack Paranuss-Samen (castañas) zwischen 240 und 350 Soles (ca. 70 bis 115 €). Sie hoffen, dass sie in der diesjährigen Ernte (bis Mai 2018) ca. 350 Säcke (barricas) à 70 kg sammeln können. Damit können die Familien im Dorf zusätzliche Lebensmittel kaufen und z.B. ihre Kinder in die Schule schicken.

Die Arbeit ist hart. Die Paranussbäume stehen verstreut im Regenwald, mehrere Stunden Fußmarsch von der Siedlung entfernt. Einige Familien bleiben in der Erntezeit auch schon mal eine Woche im Wald in der Nähe der Bäume. An der Ernte beteiligen sich Männer und Frauen. Meist werden die reifen Nüsse aufgesammelt. Diese sind der Kokosnuss ähnlich. Um an die Samen zu kommen, müssen die Nüsse mühsam aufgeschlagen werden. Einige Bäume sind schon einige Jahrhunderte alt und werden bis zu 100 Meter hoch. Die Ernte findet heute mit Schutzhelmen statt, um mögliche schwere Kopfverletzungen zu vermeiden. Nach dem Herausschlagen der Samen – in guter Entfernung von den Bäumen – werden diese dann in Säcke verpackt und später getrocknet. Mit Hilfe der o.g. Organisationen werden die wertvollen Paranussbäume mit modernen Geräten kartiert und als Eigentum der Dorfgemeinschaft eingetragen. So hat die Dorfgemeinschaft Diamante bereits 289 Paranussbäume als Gemeinschaftseigentum eintragen lassen können.

Ein Teil der Nüsse geht an die vielen Papageien, die die unreifen Nüsse fressen.

Diese Form der Nutzung des Waldes ist nachhaltig. Neben der Möglichkeit, Einkommen zu generieren, helfen diese Bäume auch dem Klimaschutz. Sie wachsen nur in einem intakten Regenwald, nicht in Plantagen. So sind diese BewohnerInnen wichtige Verbündete im Kampf gegen Abholzung und illegale Goldproduktion. In einem offiziellen Nationalpark – der zweithöchsten Kategorie der peruanischen Schutzgebiete – wäre diese kommerzielle Tätigkeit nicht erlaubt. Deshalb ist es verständlich, dass sich indigene Organisationen nur in begründeten Fällen für einen solchen aussprechen.

Die Paranuss hat ihren Namen nach dem nördlichen brasilianischen Bundesstaat Pará. Die Frucht hat einen Durchmesser von 10 bis 16 cm und enthält 10 bis 25 Samen. In Europa gibt es eine Importbeschränkung wegen der Möglichkeit eines erhöhten Aflatoxin-Anteils (Schimmelpilzgift) in der Schale. Wobei dieses auch in Reis, Leber, Erdnüssen, Futtermittelzusätzen, Mandeln, Pistazien, Feigen oder Getreide vorkommen kann. Trotz dieser Einschränkungen könnte der Fair-Trade-Sektor sich hier mehr engagieren. Wenn die Sammler bisher für 70 kg Nuss-Samen ca. 280 Soles, also ca. 1,30 € pro Kilo, bekommen, dann ist das noch kein fairer Preis und könnte mit Fair-Trade-Konditionen durchaus höher sein.

(Aus: Donofré Cuco Castro: Actividad castanera... Servindi 5.4.18, gekürzte Übersetzung und

2018

Kommentierung Heinz Schulze)

Heinz Schulze

9. Die Infostelle hat einen neuen Vorstand

Bei der Jahresversammlung am 29. April in Köln hat die Informationsstelle Peru einen neuen Vorstand gewählt.

Laut Satzungsänderung gibt es jetzt drei gleichberechtigte (vertretungsberechtigte) Vorstandsmitglieder: Elke Falley-Rothkopf (fehlt auf dem Foto) , Norma Driever und Heinz Schulze.

Als Beisitzer wurden gewählt: César Bazan Seminario, Leon Meyer zu Ermgassen, Jimi Merk (der sein Amt erst am 1.10., nach Ende seiner Geschäftsführungs-Tätigkeit, antritt).

Herzlichen Glückwunsch und gutes Arbeiten!

Foto von links nach rechts: Jimi Merk, Leon Meyer zu Ermgassen, Heinz Schulze, Norma Driever, César Bazán. Es fehlt auf dem Bild Elke Falley-Rothkopf

Foto: Walter Lingán

VERANSTALTUNGEN

- **Karlsruhe, Konstanz, Freiburg, Heidelberg: Filmvorführung „Titicacasee“**

Bergbau und soziale Konflikte am Titicacasee

Der Film „Titicaca und die verschwundenen Gesichter“ (Titicaca entre el oro y el mercurio) handelt von sozialen Konflikten am Titicacasee. Er verdeutlicht anhand von Zeitzeugenberichten, wie es zu Menschenhandel kommt und wie Natur und Menschen durch Bergbau vergiftet werden. In einem Schwenk nach Deutschland nimmt der Film Bezug zum Widerstand gegen den Braunkohleabbau. In einem anderen Ausschnitt wird die Rolle des Goldes, der Schweiz und uns klarer.

2018

- **MÜNSTER** (Katholikentag), Johannisstrasse 8 – 10, 12. Mai 2018, 14 Uhr (mit Anwesenheit des Filmemachers Heeder Soto).
- **KARLSRUHE DIE KURBEL**, Kaiserpassage 6, 16. Mai 2018, 20Uhr, (mit Anwesenheit des Filmemachers Heeder Soto).
- **KONSTANZ**, K9, Hieronymusgasse 3, 17. Mai 2018, 20 Uhr (mit Anwesenheit des Filmemachers Heeder Soto)
- **FREIBURG**, im KOKI in Kooperation mit der Informationsstelle Peru, 21. Mai 2018, 19.30 Uhr (mit Anwesenheit des Filmemachers Heeder Soto)
- **HEIDELBERG** +punkt. Kirche INF 130, Neuenheimer Feld 130.2, 22. Mai 2018, 19:30 Uhr (mit Anwesenheit des Filmemachers Heeder Soto)
- **BERLIN**, Groningerstrasse 50, 11. Juni 2018, 19.30 Uhr, in Kooperation mit Groni 50 e.V. (mit Anwesenheit des Filmemachers Heeder Soto), es gibt peruanisches Essen
- französischsprachige **SCHWEIZ**: 19., 20., 21. September (mit Kerstin Kastenholz, Saywa Films)
- **TRIER**, Kino Broadway, Paulinstrasse, 18. Oktober 2018, 19.30 (mit Kerstin Kastenholz, Saywa Films)

Alle Veranstaltungen sind in Kooperation mit der Infostelle Peru und der Bergbau Kampagne, Reichtum geht Armut bleibt.

Kontakt: Kerstin Kastenholz, 0177 2983163, saywafilms@posteo.de

Berlin, 29. Mai 2018

Gesprächsabend zur peruanischen politischen Konjunktur mit Alvaro Masquez vom Instituto de Defensa Civil IDL

Wann: Dienstag, 29. Mai um 19:00 Uhr

Wo: im Mehringhof beim FDCL, Gneisenaustraße 2 A (Aufgang 3, im 5. Stock), 10961 Berlin (U 6, U 7 Mehringdamm)

2018

Sie können den Newsletter bestellen über die Website der

Informationsstelle Peru e.V., www.infostelle-peru.de

Rückmeldungen an die Newsletter-Redaktion bitte an

newsletter@infostelle-peru.de

Dieser Newsletter wird herausgegeben von der Informationsstelle Peru e.V. Er wird gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, von Caritas international, der Erzdiözese Freiburg und der Stiftung Umverteilen

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Informationsstelle Peru e.V. verantwortlich.

Die Informationsstelle Peru e.V. wird unterstützt von den Hilfswerken Misereor, Caritas international und Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst.

